

Dr. Fabian Fahl, MdB Die Linke

Auswertung: Kleine Anfrage: "Castor-Transporte aus Jülich in das Zwischenlager Ahaus", BT-Drs. 21/55

Neue Informationen

Das Land NRW hat mittlerweile eine Stellungnahme zur Transportgenehmigung abgegeben. Über den Inhalt wird die Öffentlichkeit im Unklaren gelassen.

Wir sehen mit Besorgnis, dass die Bundesregierung erwägt, die Transporte von Jülich nach Ahaus im Verbund von bis zu drei Transporten gleichzeitig stattfinden zu lassen. Das wirft ganz neue Fragen nach der Sicherheit auf.

Wir nehmen außerdem zur Kenntnis, dass die Kostenabschätzungen über die Transporte von Jülich nach Ahaus auf inzwischen älteren Zahlen beruhen und darüber hinaus nicht einmal vollständig sind. Die Kosten für die Sicherung durch die Polizei werden in der Aufstellung nicht berücksichtigt.

Die Option Verbleib und Neubau scheitert derzeit u.a. an fehlenden Nachweisen, die die JEN seit Jahren nicht erbringt oder nicht erbringen kann. Diese betreffen die IT-Sicherheit, die konventionelle Anlagensicherheit des AVR-Lagers Jülich und die CASTOR-Behälter selbst.

Bevorzugung der Option Räumung nach Ahaus politisch motiviert - Dreh- und Angelpunkt ist der Beschluss des Haushaltsausschusses des Bundestages – Landes- und Bundespolitik – JEN verzögert scheinbar Neubau-Option

Die Frage, welche Option zur Räumung des AVR-Zwischenlagers priorisiert wird, wird offensichtlich einzig aufgrund von kurzfristigen Kostenrechnungen und politisch motiviert beantwortet. Dreh- und Angelpunkt ist der Beschluss des Haushaltsausschusses des Bundestages, die Bundesministerien sollen die Option Abtransport nach Ahaus bevorzugen. Die Option Verbleib und Neubau in Jülich soll beendet werden, sofern das Land NRW die Mehrkosten für den Neubau des Zwischenlagers nicht übernehmen möchte. Eine Verabredung zwischen Bund und Land für eine Kostenaufteilung 70:30 wurde mit demselben Beschluss also anscheinend aufgehoben.

Die Verzögerung bei der Einreichung der notwendigen Nachweisdokumente durch die JEN ist ein entscheidendes Hindernis für die Option Verbleib und Neubau. Die Diskrepanz zwischen der ursprünglichen Präferenz des Landes für die Neubau-Option und der Haltung des Bundes zur Ahaus-Option, verbunden mit dem scheinbaren Zögern der JEN bei der Nachweisführung für Verbleib und Antragstellung für den Neubau, deutet darauf hin, dass man sich auf Entscheidungsebene in den Bundesministerien und bei der JEN bereits vor dem Beschluss des Bundestages längst festgelegt hatte, die Neubau-Option zu streichen. Diese Option müsste aber bis heute gleichberechtigt zum Abtransport vorangetrieben werden, falls gravierende Probleme mit der Genehmigungsfähigkeit der Transporte nach Ahaus oder mit

der Lagerung in Ahaus selbst auftauchen sollten. Der Sofortvollzug zur Räumung des AVR-Lagers muss ausgesetzt werden, um die Option Neubau nicht mit der Begründung des Vorliegens der Transportgenehmigungen zu beenden.

Der Beschluss des Haushaltsausschusses basiert auf der Mehrheit der Ampelregierung. Die Grünen im Bund agierten hier gegen die Grünen in NRW, die sich im Koalitionsvertrag dafür aussprachen, Atomtransporte zu minimieren.

Der Beschluss des Haushaltsausschusses des Bundestages muss aufgehoben werden. Da es außer des kurzfristigen Kostenarguments keinen Grund für die Bevorzugung der Ahaus-Option gibt, verhindert dieser Beschluss nicht nur eine an Langzeitsicherheit ausgerichtete Lösung, sondern auch die weitere Evaluierung von Sicherheitsaspekten. Eine mögliche Zukunft des Standortes Ahaus als zentrale Drehscheibe für Atommüll wird durch diesen Beschluss dominiert.

Sicherheit der CASTOR THTR/AVR-Behälter

Eine wesentliche Frage stellt sich weiterhin bezüglich der Nachweisführung der Sicherheit der CASTOR-Behälter (Antwort auf Frage 7). Gemäß Antworten auf Frage 12 und 16 verfügen die Behälter über „eine gültige verkehrsrechtliche Zulassung“ und wurde über keine „signifikanten Alterserscheinungen berichtet“. Die Lagerung derselben Behälter ist für Ahaus genehmigt, für Jülich jedoch fehlen Nachweise. Das Design von CASTOR-Behältern sieht vor, diese nach 40 bis spätestens 60 Jahren zu öffnen und ihren Inhalt für die Endlagerung zu konditionieren. Treten in den kommenden Jahren erste altersbedingte Probleme mit den Behältern auf, wird man wiederum sehr schnell nach Lösungen suchen müssen, da ein atomares Endlager nicht in Aussicht steht.

Wird Ahaus zum Drehkreuz für Atommüll?

Der älteste CASTOR-Behälter in Jülich ist 32 Jahre alt. Man geht davon aus, dass CASTOR-Behälter für eine Zwischenlagerung von 40 bis maximal 60 Jahren konzipiert sind. Es stellt sich daher die Frage, inwieweit am Standort des Zwischenlager Ahaus die Möglichkeit besteht, die CASTOR-Behälter in naher Zukunft entweder neu zu konditionieren bzw. zu entleeren und den Atommüll neu zu verpacken. Mit der Planung einer solchen Anlage müsste angesichts der Planungs- und Bauzeiten in Deutschland bereits heute begonnen werden. Einmal errichtet, wird eine derartige Anlage unter Erwägung von Kostengründen für weitere Umkonditionierungen von CASTOR-Behältern aus anderen Zwischenlagern in der gesamten Republik genutzt werden. Ahaus könnte damit zur Drehscheibe für die Konditionierung des deutschen Atommülls werden.

Ersatzweise müssten die Behälter zu einem anderen Standort überführt werden, an dem eine Umkonditionierung möglich ist, wobei die Behälter aus Jülich abermals durch das Land transportiert würden.

Ausblick: atomarer Wanderzirkus oder verantwortungsvolle dezentrale Lösungen, bis ein Endlager zur Verfügung steht

Mit dem Auslaufen von Genehmigungen für die Zwischenlagerung wird die Problematik Jülich-Ahaus an vielen Stellen des Landes in Zukunft erneut aufkommen. Wenn wie in Jülich dann jeweils eine politische Entscheidung für die billige Variante den Vorzug bekommt, werden wir es mit einem massiven Aufkommen an Atomtransporten zu tun bekommen, die sich mehr und mehr auf wenige Zwischenlager konzentrieren werden. An deren Stelle wird man, wiederum aus Kostengründen, bevorzugt nach einem Endlagerstandort suchen. Je mehr hochradioaktiver Atommüll an einem Standort gesammelt wird, desto schwerwiegender sind die Folgen von Havarien, Anschlägen, Naturkatastrophen und desto größer und aufwändiger sind die Sicherheitsanforderungen.

Diese Logik muss von vornherein durchbrochen werden. Die heutigen Zwischenlagerstandorte müssen also sukzessive ertüchtigt werden. Transporte müssen minimiert werden.

Wir fordern, die Transporte des Jülicher Atommülls nach Ahaus auszusetzen und die Neubauoption voranzutreiben. Das mag kurzfristig teurer sein, wird aber langfristig günstiger, nachhaltiger und vor allem sicherer.